



WORTE AUS DEM LANDESVORSTAND

Wir brauchen Nachwuchskräfte!

Im Jahr 2022 konnte die Polizei Berlin insgesamt 1.138 Nachwuchskräfte (NWK) für den mittleren (mD) und gehobenen Dienst (gD) der Schutzpolizei sowie für den gD der Kriminalpolizei einstellen. Demgegenüber sind 751 Polizeivollzugsdienstkräfte planmäßig oder außerplanmäßig in den Ruhestand verabschiedet worden. Das liest sich erst mal nicht sehr dramatisch, da zahlenmäßig ein Plus von 386 Dienstkräften vorhanden sein müsste, auch wenn wir auf die Menschen noch zweieinhalb bzw. drei Jahre warten dürfen.

Landesvize Thorsten Schleieder

Seit 2018 sind sinkende Einstellungszahlen zu beobachten. Von den geplanten 612 Einstellungen für den mD Schupo wurden in den Jahren 2018 bis 2022 nur zwischen 562 und 594 eingestellt. Beim gD Kripo und Schupo sieht es auch nicht viel besser aus. In diesem Bereich ist letztmalig im Jahr 2018 das geplante Einstellungsziel von 600 NWK gD Kripo und Schupo erfüllt worden. Ansonsten konnten in 2019 bis 2022 nur zwischen 545 und 587 eingestellt werden.

Es wäre ein fataler Fehler zu sagen, unter dem Strich sind immer noch mehr eingestellt worden, als Polizeivollzugsdienstkräfte in den Ruhestand verabschiedet wurden und werden. Warum? Bei den Frühjahrs-einstellungen 2023 für den mD Schupo sowie den gD Kripo und Schupo sind fast 200 NWK weniger als geplant eingestellt worden, Tendenz weiter sinkend.

Hinzu kommt, dass erfahrungsgemäß von den 1.138 eingestellten NWK (geplant sind pro Jahr 1.224) nicht alle ihren jeweiligen Vorbereitungsdienst beenden und als Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger ihre berufliche Karriere starten. Dies hat unterschiedliche Gründe:

- Nichtbestehen von theoretischen oder sportlichen Prüfungen,
- Nichterwerb der Fahrerlaubnis,

- fehlende gesundheitliche Eignung,
- Gründe, die im persönlichen Umfeld der NWK zu finden sind, und
- fehlende charakterliche Eignung.

Jetzt werden vielleicht einige sagen: „Na dann stellt halt mehr ein!“ Auch das ist leider nicht so einfach. Die Zahl der Bewerbenden für den mD Schupo und den gD Kripo + Schupo sind in den letzten Jahren leider rückläufig. Von insgesamt 15.468 Bewerbungen in 2018 auf 10.662 im Jahr 2022, das ist mal eben ein Drittel.

Zu hören sind Worthülsen wie Fachkräftemangel und die Jugend von heute. Ganz persönlich kann ich es nicht mehr hören, dass unsere NWK alle schlecht sind. Nein, das sind sie nicht! Die Generation Z ist anders, aber nicht schlechter. Vermutlich wurde zu meiner Einstellung im Herbst 1989 auch gedacht: „Oh Gott! Aus denen sollen Schutzleute werden?“ Wir haben in den letzten Jahren tolle junge Menschen für unsere Polizei Berlin gewinnen können. Sie sind engagiert und wollen ihren Beitrag leisten, um unsere Stadt ein Stück sicherer und damit auch lebenswerter zu machen. Dies sehe ich durch meine tägliche Arbeit an der Polizeiakademie.

Was können wir tun, damit die Einstellungszahlen wieder so sind, dass das Ziel von 1.224 NWK pro Jahr erreicht wird, wir die Abgänge kompensieren können?

Geld ist nicht alles, aber es ermöglicht vieles! Beispielsweise wäre die Ausstattung mit Tablets ein Schritt in die richtige Richtung. Modernes Lernen benötigt moderne Geräte. Der Zuschuss für den Erwerb der Fahrerlaubnis muss ebenso überarbeitet werden. Die jungen Menschen benötigen den Zuschuss während des Erwerbs der Fahrerlaubnis und nicht erst im Nachhinein. Denkbar wären Kooperationen mit Fahrschulen, damit die NWK zum Ende des Vorbereitungsdienstes im Besitz der Fahrerlaubnis sind. Oft funktioniert der Erwerb der Fahrerlaubnis nicht, weil nicht genügend Geld im Monat vorhanden ist. Die potenziellen NWK brauchen ein bezahlbares Dach über dem Kopf. Und dies nicht nur während ihres Vorbereitungsdienstes, sondern auch danach.

Die Konkurrenzsituation zu Bundesbehörden und zum Land Brandenburg muss entschärft werden. Hierzu zählt die Anhebung des Eingangsamtes im mD Schupo auf die BesGr A 8. Natürlich bedarf es auch der grundsätzlichen Anhebung der Besoldung sowie der Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage.

Selbstverständlich brauchen wir auch Rückendeckung, um attraktiv für Nachwuchs zu sein. Die Landespolitik muss zu ihrer Hauptstadtpolizei stehen!

Es ist richtig, dass Missstände angesprochen werden, aber dieses seit Jahrzehnten anhaltende große Misstrauen gegenüber meinen Kolleginnen, Kollegen und mir trägt nicht dazu bei, dass junge Menschen in Scharen die Türen des Einstellungsbüros einrennen. Wir sind nicht perfekt, wir sind allerdings verdammt gut! Um noch besser zu werden, brauchen wir Nachwuchs! ■



Foto: GdP Berlin



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir haben August, das Jahr rennt wirklich an uns vorbei. Aktuell reden wir über die Sicherheit in Freibädern. Bei all den Diskussionen scheinen viele zu vergessen, dass wir die jeden Sommer aufs Neue führen, jeden Sommer die gleichen Phrasen gedroschen werden. Im September wird bereits niemand mehr darüber reden, so wie es aktuell mit den Silvesterkrawallen ist. Ja, man vergisst schnell. Wir als GdP aber nicht und die Volker-Reitz-Stiftung ebenso wenig. Deshalb reden wir schon jetzt in politischen Gesprächen über Maßnahmen zum Jahreswechsel und deshalb kümmern wir uns auch jetzt noch um diejenigen, die an Silvester 22/23 verletzt wurden. Eine Gewerkschaft halt und eine, die nicht nur reagiert, sondern auch proaktiv nach vorne geht. **Viel Spaß beim Lesen. Benjamin Jendro, Landesredakteur**

5 VON 15 SITZEN IN DER DIR ZESO

Zugewandt von Anfang an

In den letzten Wochen wurde in der Dir ZeSo ein neuer Personalrat gewählt. Unsere GdP bekam fünf der 15 Sitze. Wir bedanken uns recht herzlich für Euer Vertrauen und werden versuchen, in den kommenden Wochen eine Struktur im Personalrat aufzubauen, um bestmöglich für Eure Interessen eintreten zu können. Das Gremium setzt sich aus insgesamt vier Listen zusammen. Zur neuen Vorsitzenden des Personalrats wurde unsere GdP-Kollegin Claudia Starke gewählt.



Foto: privat

Ich freue mich auf die neue Aufgabe und die damit verbundenen Herausforderungen. Probleme, auf die ich stoße, möchte ich gemeinsam angehen; auch wenn es viel Zeit und Geduld erfordert, um einen Wandel zu erzielen“, sagte unsere neue Vorsitzende Claudia Starke. ■



Grafiken: GdP Berlin

...und jetzt Du! Werde Teil unseres Social Media Teams

Du scrollst Dich quasi auch jeden Tag durch die Timelines und Feeds, verbringst Stunden auf Instagram, TikTok, Twitter und Co.. Du denkst Dir, alles spannend, aber hey, das kann ich besser? Na dann los, sei dabei und werde Teil unseres Social Media Teams! Wir suchen innovative Ideen, wollen unsere Kanäle weiterentwickeln und brauchen Dich! Interesse geweckt? Dann melde Dich per Direktnachricht auf unseren Kanälen oder via Mail an jendro@gdp-berlin.de

**#AUCHMENSCH**

Volker-Reitz-Stiftung übergibt Genesungsscheck an erheblich verletzte Einsatzkräfte aus der Silvesternacht

Mehr als ein halbes Jahr ist seit den Silvesterausschreitungen ins Land gezogen. Kaum jemand spricht noch über die Ereignisse, bei denen zahlreiche Kolleginnen und Kollegen verletzt wurde, weil sie Bürgerinnen und Bürgern in großer Not zu Hilfe eilten und somit selbstlos ihr Leben aufs Spiel setzten. Ein Großteil der physischen Verletzungen sind abgeheilt, die seelischen Wunden bleiben. Wir vergessen nicht, die Volker-Reitz-Stiftung ebenso wenig.

Federführend reiste der Vorsitzende Dirk Bork in die Direktion 4 und übergab im Beisein von Direktionsleiterin Tanja Knapp insgesamt elf Genesungsschecks in Höhe von 1.000 Euro an Beschäftigte der Polizei Berlin, die als

Einsatzkraft zum Jahreswechsel in der Gropiusstadt und in Schöneberg erheblich verletzt wurden und unter anderem Verbrennungen zweiten und dritten Grades erlitten. Ein großer Dank gilt der PSD Bank und der Stiftung

Schützengilde, die mit Spenden von jeweils 5.000 Euro einen großen Anteil tragen. Bork nutzte die Möglichkeit, um den zehn anwesenden Betroffenen nicht nur ein offenes Ohr für den Wunsch nach einem allgemeinen Böllerverbot sowie besserer Ausstattung für den Funkwageneinsatzdienst zu schenken, sondern ihnen im Namen der Menschen dieser Stadt und stellvertretend für alle eingesetzten Kolleginnen und Kollegen der Silvesternacht für ihr professionelles Engagement zu danken.

Du möchtest auch in Not geratenen und verletzten Kolleginnen und Kollegen sowie ihren Familien helfen?

Spendenkonto der Volker-Reitz-Stiftung:

PSD Bank Berlin-Brandenburg eG
IBAN: DE72 1009 0900 1550 1776 00
BIC: GENODEF1P01 ■



Foto: Volker-Reitz-Stiftung

DP – Deutsche Polizei
Berlin

Geschäftsstelle
Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin
Telefon (030) 210004-0
Telefax (030) 210004-29
gdp-berlin@gdp-online.de
www.gdp-berlin.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Benjamin Jendro (V.i.S.d.P.)
Telefon (030) 210004-13
jendro@gdp-berlin.de

Konten
Commerzbank
IBAN: DE69 3004 0000 0634 3073 00

Landesvorstand Oliver Mertens zum Feuerwehrjahresbericht 2022 via Berliner Zeitung

Ich bin unglaublich stolz, Teil dieser Truppe zu sein, die tagtäglich nahezu geräuschlos allen Problemen zum Trotz Unglaubliches für die Menschen in dieser Stadt leistet. Wir sind nicht nur da, wenn der Grunewald 27 Tage lang brennt oder Unwetterlagen für fast 4.000 wetterbedingte Einsätze binnen weniger Tage im Februar sorgen, sondern in Tausenden alltäglichen Einsätzen, wenn die Menschen unsere Hilfe brauchen. (...) Um das weiterhin tun zu können, brauchen wir eine umfassende Novellierung des Rettungsdienstgesetzes, wenn wir uns bei der Brandbekämpfung nicht ständig nackig machen wollen, LHFz zulasten der RTWz schlachten und hier Risiken, auch für unsere Kräfte, eingehen, die uns irgendwann um die Ohren fliegen. Dazu gehört es, die Notfallrettung auf ihre ureigene Aufgabe zurückzubringen und andere Institutionen wie private Krankentransporteur sowie die KV mehr in die Pflicht zu nehmen und weiter daran zu arbeiten, die Selbsthilfefähigkeit in der Bevölkerung zu stärken.

Foto: GdP/Berlin



IM GESPRÄCH MIT BURKARD DREGGER (CDU)

„Dieses jahrelang propagierte Narrativ der Linken und Grünen ist Geschichte“

Er ist wieder da. Mit der Berlin-Wahl im Februar hat so mancher Abgeordneter das Haus verlassen, andere sind vollkommen neu eingezogen, wieder andere zurückgekehrt. Zu ihnen gehört Burkard Dregger, der für die CDU bereits von 2016 bis 2021 als innenpolitischer Sprecher agierte und diese Aufgabe als Teil der neuen Koalition wieder ausübt. Wir haben mit ihm über den Koalitionsvertrag gesprochen, seine Schwerpunkte und Iris Spranger.

Im Gespräch mit dem Landesredakteur

DP: Lieber Burkard Dregger, wie ist es, zurück zu sein?

Dregger: Es ist schön und ich stelle fest, dass sich in den letzten eineinhalb Jahren, in denen ich nicht im Abgeordnetenhaus war, wenig getan hat. Die Probleme sind immer noch dieselben. Jetzt aber können wir sie lösen und was bewegen, denn jetzt sind wir in der führenden Regierungsverantwortung und wir werden liefern.

DP: Was wird die CDU liefern, was sind die Schwerpunkte?

D: Für mich in erster Linie die Novellierung des ASOG und des UZwG Berlin. Da hat sich die letzte Regierung abgemüht, ohne einen Ertrag. Wir haben in der Koalition die klare Vereinbarung, was wir ändern wollen, und wir werden gemeinsam das implementieren, was in Berlin fehlt und in anderen Bundesländern längst Standard ist.

DP: Was denn genau?

D: Wir werden die Polizei flächendeckend mit Bodycams und Tasern ausstatten, dafür praxisnahe Rechtsgrundlagen schaffen. Bei Ersterer geht es auch um den Einsatz im Wohn-

raum, um besser gegen häusliche Gewalt vorgehen zu können. Beim Zweiten möchten wir die Anwendung unterhalb der Schusswaffe ermöglichen, da es sonst keinen Sinn ergibt, ihn dabeizuhaben. Wir reden über die schrittweise Einführung, weil es auch eine Geldfrage ist. Grundsätzlich gehören beide auf jeden Funkwagen. Der Präventivgewahrsam wird auf fünf Tage ausgedehnt und dahingehend präzisiert, dass die Anwendbarkeit erleichtert wird. Es wird Videoaufklärung an kriminalitätsbelasteten Orten geben und Dashcams für die Feuerwehr. Wir werden endlich Ermächtigungsgrundlagen für die Drohnenabwehr und den Drohneneinsatz und ebenso für den Finalen Rettungsschuss schaffen. Mir ist da noch ein Gespräch in der Erinnerung mit dem ehemaligen Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Wolfgang Huber. Der besuchte das SEK der Berliner Polizei und brachte mir gegenüber sein Erstaunen zum Ausdruck, dass für den Finalen Rettungsschuss keine Rechtsgrundlage existiert – wir reden über einen Mann der Kirche, der ethische Gesichtspunkte mehr als alles andere im Blick hat.

DP: Sind CDU und SPD sich denn genau in diesen Punkten wirklich einig oder nur, was die Überschriften angeht?

D: Ich habe keinen Anlass, um an der Vertragstreue beider Seiten zu zweifeln. Alle bisherigen Gespräche sind ermutigend. Deshalb bin ich guter Dinge, dass wir das schaffen, was wir uns vorgenommen haben. Wenn das gelingt, haben wir in drei Jahren mehr erreicht als die drei letzten Landesregierungen in ihrer kompletten Amtszeit zusammen.

DP: Wir reden über Gesetzesgrundlagen, die man nicht von heute auf morgen ändert. Gibt es einen konkreten Zeitplan?

D: Ich gehe davon aus, dass die Beratungen nach der Sommerpause beginnen und wir bei vielleicht nicht allen, aber vielen Dingen rasch vorankommen. Wenn das stringent funktioniert, ist es denkbar, dass wir vieles bis zum Jahresende gesetzlich fixieren können, sodass es dann Gesetzeskraft hat. Ich drücke da durchaus auf die Tube, aber es ist auch eine sehr anspruchsvolle Arbeit, bei der es um Sorgfalt geht.

DP: Blenden wir mal die letzte kurze Legislaturperiode aus! Burkard Dregger sitzt 2021 als Innenpolitischer Sprecher der CDU im Innenausschuss, vor ihm die Verantwortlichen eines SPD-geführten Hauses. 2023 sitzt er als Innenpolitischer Sprecher der CDU im Innenausschuss, vor ihm die Verantwortlichen eines SPD-geführten Hauses. Warum soll es jetzt besser werden?

D: Naja, der Unterschied ist, dass wir jetzt mit der SPD koalieren, deswegen eng zusammenarbeiten. Als Oppositionsführer ging es darum, die Koalition zu treiben, auf Probleme hinzuweisen. Jetzt geht es darum, Lösungen für diese zu finden. Das Arbeitsverhältnis mit Iris Spranger ist einwandfrei und ich möchte hier einmal ganz klar lobende Worte finden. Es gab lange keine Leitung des Innenressorts mehr, bei der die Berliner Polizei so viel Rückendeckung erhalten hat.



» Landeschef Stephan Weh via Morgenpost

Wir begrüßen diesen Schritt der Justizsenatorin nach vorne. Wir müssen Kriminelle da treffen, wo es ihnen wehtut und das ist in erster Linie beim Thema Geld. Dazu brauchen wir auch endlich eine vollständige Beweislastumkehr bei der Vermögensabschöpfung und eine Obergrenze von Bargeldzahlungen, wie es in anderen Ländern bereits praktiziert wird. Darüber hinaus ist es ein durchaus denkbarer Weg, beschlagnahmtes inkriminiertes Vermögen aus der Organisierten Kriminalität zur Hälfte in die Sicherheitsbehörden (Justiz und Polizei) und zur anderen Hälfte in soziale Einrichtungen zu investieren. Warum sollten Clanimobilien nicht in Zukunft als Jugendclub oder Kindertagesstätte genutzt werden?

Im Verbund mit unserer Rückendeckung ist das eine historische Situation. Dieses absurde, jahrelang propagierte Narrativ der Linken und Grünen, dass die größte Gefahr in dieser Stadt von den Sicherheitsbehörden ausgeht, ist Geschichte.

DP: Ist Iris Spranger demnach die beste Wahl? Hatte die CDU niemanden, um dieses klassische CDU-Ressort zu besetzen?

D: Das ist eine gute Frage und ich bin ehrlich, ich habe auch sehr über diese Entscheidung gestaunt. Aber es ist ziemlich am Anfang auf der obersten Führungsebene so entschieden worden. Es ist mir persönlich nicht leichtgefallen, das zu akzeptieren, weil wir uns seit Jahren vorbereitet haben, um in diesem Bereich Verantwortung zu übernehmen. Politik ist aber kein Wunsch-Dir-Was und wir haben in erster Linie den Menschen dieser Stadt zu dienen.

DP: Hubschrauber, Kooperative Leitstelle, Abbau Sanierungsstau, Schnittstellen, Besoldung auf Bundesniveau, irgendwann kommt die Entscheidung des BVerfG zur amtsangemessenen Alimentation und so weiter. Das ist eine Menge Holz. Das Finanzressort ist CDU-geführt. Wenn jetzt Stefan Evers neben uns sitzen würde: Wo nimmt die CDU das Geld her?

D: Völlig berechnete Beschreibung der Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, denn alles ist notwendig. Wir haben nicht sofort für alles Geld, der Entwurf für den Doppelhaushalt liegt dem Abgeordnetenhaus in Kürze vor, sodass wir dann über unsere Prioritäten beraten können. Als Parlament haben wir Spielraum und mein Ansatz ist, für den Sicherheitsbereich möglichst viel herauszuholen. Wir müssen eben auch sehen, dass wir zum Beispiel bei den Sanierungen der Liegenschaften von Polizei und Feuerwehr nicht nur auf das 5-Milliarden-Klima-Sondervermögen bauen können. Erst einmal melden da alles Ressorts an und dann ist es rechtlich auch nicht möglich, bereits angemeldete Bauvorhaben darunter zu subsumieren.

DP: Sicherheit in Parks und Freibädern, Clankriminalität, Ausschreitungen wie in Frankreich – was sind für Sie die Themen in diesem Sommer?



D: Alles. Nein, ich werde mich in der Sommerpause in erster Linie mit den geplanten Gesetzesvorhaben beschäftigen, damit wir schnellstmöglich praxistaugliche Rechtsgrundlagen haben. Wir wollen gerade im ASOG und im UZwG zügig vorankommen, in einem ersten Wurf Bodycam, Taser, Dashcams für die Feuerwehr und den Präventivgewahrsam neu regeln.

DP: Ein guter Ansatz, schauen wir mal auf die nächsten dreieinhalb Jahre und die Innere Sicherheit. Wann wäre Burkard Dregger an einem Punkt, an dem er zufrieden ist? Was sind die Punkte, die auf jeden Fall aus dem Koalitionsvertrag geschafft werden müssen?

D: Letztlich alles. Das Wichtigste ist die Novellierung des ASOG, wir müssen das Personal stärken und die Ausstattung verbessern. Es gibt weitere Baustellen, wir brauchen ein besseres Versammlungsfreiheitsgesetz, ein Veranstaltungssicherheitsgesetz und ein Rettungsdienstgesetz, mit dem die fast ständige Ausnahme-situation des Rettungsdienstes normalisiert wird. Die Palette lässt sich weiterführen. Der entscheidende Dreiklang besteht aus Personal, Ausstattung und Eingriffsbefugnissen. Wenn wir das verbessern, kommt das andere von selbst. Zufrieden bin ich dann, wenn die Beschäftigten der Berliner Polizei gern bei der Berliner Polizei arbeiten, die Quote der langfristig Erkrankten sinkt, sie das Gefühl haben, von der Be-

völkerung Wertschätzung zu erfahren. Wir müssen die Aufklärungsquote erhöhen und die Zahl der Straftaten reduzieren. Bayern ist da führend. Das zeigt, es hängt eben nicht nur an der Polizei, sondern in erster Linie an uns Parlamentariern, die den Rahmen, die gesetzlichen Grundlagen schaffen.

DP: Sie sprechen Bayern an. Aus dem Süden hört man ja immer nette Töne in Richtung Hauptstadt, auch von CDU-Kollegen. Ärgert einen das Berlin-Bashing?

D: Berlin hat leider auch viel Anlass für Spott und Häme gegeben. Mir tut das persönlich weh, denn Berlin ist eine geile Stadt und hat eine tolle Polizei. Letztlich liegt es ja nicht an den anderen, sondern an uns selbst, und da müssen wir eben die richtigen Weichen stellen.

DP: Wenn das gelingt, hat die CDU gute Argumente für die nächste Wahl zum Abgeordnetenhaus – dann mit einem Burkard Dregger als Innensenator?

D: Wir machen jetzt keinen Wahlkampf, aber ich brenne darauf, die Weichen so zu stellen, dass die Durchsetzung von Sicherheit, Recht und Ordnung in Berlin wieder zur Regel wird und nicht Ausnahme bleibt. Das ist eine beständige Aufgabe, die mich auch in drei Jahren noch reizen wird. ■

LSBTIQ bei der Polizei Berlin Bereits 1992 wurde Heinz Uth die bundesweit erste Ansprechperson für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (Hamburg folgte zeitnah 2016). Zu dieser Zeit war der § 175 StGB noch in Kraft. In den folgenden Jahrzehnten wurde die Stelle sukzessive weiter ausgebaut und ein Netzwerk von Ansprechpersonen und Multiplikatoren innerhalb der Behörde etabliert. Ziel ist es, das enorme Dunkelfeld in diesem Bereich zu verkleinern und Vertrauen in die Polizei zu schaffen. Heute ist die Dienststelle beim LKA PräV1 angegliedert und mit zwei hauptamtlichen Personen besetzt. Straftaten gegen Personen aus der queeren Gemeinde werden dort statistisch erfasst. Die polizeiliche Bearbeitung erfolgt beim LKA 535. Da Straftaten gegen queere Personen als Delikte von Hasskriminalität (= Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit) angesehen werden, erfolgt die Bearbeitung beim Staatsschutz als Politisch motivierte Kriminalität. (Siehe dazu auch: Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität vom BKA.) Es gelten Meldepflichtungen für alle Delikte, die in den Bereich fallen könnten. Die Polizei Berlin hat in diesem Feld nicht nur eine bundesweite, sondern europaweite Vorreiterposition inne und unsere GdP einen großen Anteil daran.

Transfeindlichkeit ist relativ!

Die Zugehörigkeit zu einer marginalisierten Gruppe schützt nicht vor rechtswidrigem Handeln oder macht niemanden zu einem besseren Menschen. Auch Personen, die transgeschlechtlich, intersexuell oder nichtbinär sind, können Betroffene einer Ordnungswidrigkeit oder auch Tatverdächtige einer Straftat sein. Wenn es zur Konfrontation mit der Polizei kommt, müssen auch Personen dieser Gruppe durchsucht werden können.

Ria Cybill Geyer

Die Polizei Berlin hat dazu seit 2010 eine all-gemein verpflichtende Richtlinie in Form eines Merkblattes erlassen, welche als verpflichtender Qualitätsstandard polizeilichen Handelns definiert wurde. Darüber hinaus gilt der § 34 Abs. 4. Im Angesicht der derzeitigen politischen Kontroverse um das geplante „Selbstbestimmungsgesetz“ (SBGG) hat ein Argument in die gewerkschaftliche Diskussion ausgestrahlt, das besonders brisant ist: Es geht um die uneingeschränkte Selbstbestimmung aufgrund einer Selbsterklärung,

ohne eine objektive Einschätzung von dritter Seite. Kurz: Jeder kann sich vor einem Standesbeamten als Mann, Frau, nichtbinär, Genderfluid etc. deklarieren – der Fantasie sind keine Grenzen und Geschlechterklassen gesetzt. Das Ergebnis soll dann von jedermann respektiert und entsprechend im Umgang umgesetzt werden.

In der Diskussion um das geplante Gesetz wird immer wieder ein Szenario beschworen, das sich aufgrund dieser Selbsterklärung einstellen soll: Männer würden sich als Frauen definieren, um in weibliche Schutzräume einzudringen. Im Kontext polizeilichen Handelns würde das – in der Fantasie – darauf hinauslaufen, dass sich zum Beispiel ein bekannter (männlicher) Sexualstraftäter bei einer Inge-wahrsamnahme als Frau oder nichtbinär etc. definiert, um sich von einer Frau durchsuchen zu lassen. Auch wenn sich in der Theorie so etwas ereignen könnte, so sind die Voraussetzungen bisher sehr hoch angesiedelt; die Person müsste einen entsprechenden OLMERA-Eintrag haben oder zumindest den staatlich anerkannten Ergänzungsausweis der dgti e. V. mit sich führen.

Wer das Merkblatt zum Verfahren aufmerksam liest, wird zudem feststellen, dass es sich dabei immer um die Durchsuchung nach § 34 ASOG handelt, wenn diese Regelung in Kraft tritt. Bei Durchsuchungen zur Eigensicherung nach § 102 StPO gilt dies nicht! Im Unterricht zum Thema werden die (angehenden) Beamten durchaus auf die Problematik aufmerksam gemacht. Aus der bisherigen 13-jährigen Praxis ist jedoch bisher kein Fall dokumentiert, in welchem eine Kollegin zu etwas gezwungen

war, das sie in ihrem Schamempfinden berührt hätte. Dass es diese Fälle aber durchaus gibt, sie nur nicht in den Akten landen, zeigen uns als GdP diverse Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen.

Es kann passieren, dass durch die geänderten QS für Durchsuchung, Beschlagnahme und Sicherstellung Fälle aufploppen, da die bisherigen Voraussetzungen – OLMERA-Eintrag oder staatlich anerkannter Ergänzungsausweis der dgti e. V. – mit diesem und dem angedachten Gleichstellungsgesetz wegfallen könnten und es dienstrechtliche Folgen haben könnten, wenn eine Kollegin oder ein Kollege dem Wunsch des Betroffenen nicht nachkommt.

Die Kritik der queeren Community an den Stellungnahmen der GdP sollten wir dennoch nicht so einfach wegwischen, denn sie zeigen, dass es noch viel interne Aufklärung unsererseits bedarf, um das Thema hinreichend beurteilen zu können. Dabei sollte man sich bewusst sein, dass es sich um eine Problematik handelt, die weniger als ein Promille der Bevölkerung betrifft.

Es ist damit zu rechnen, dass die queere Community weiterhin mindestens polizeikritisch argumentieren wird. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass man dort nicht nur der Polizei gegenüber äußerst dünnhäutig ist, sondern sich durch viele gesellschaftliche Randbedingungen diskriminiert fühlt und sofort die Stacheln ausfährt, ohne sich einmal Gedanken über den Inhalt der vorgebrachten Argumente zu machen. ■



Ria ist seit 2014 bei der Polizei Berlin angestellt. Sie ist selbst von Transidentität betroffen und seit 2018 Multiplikatorin für LSBTIQ in der Direktion Einsatz und Verkehr. 2022 hospitierte sie drei Monate beim LKA PräV1 LSBTIQ. Als Mitgründerin der TransCops Europe und Mitglied der VelsPol e. V. ist sie sowohl national als auch international vernetzt. Sie hat Psychologie studiert und berät seit mehr als zehn Jahren Menschen mit abweichenden Geschlechterleben für die Deutsche Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität dgti e. V.



” Sprechers Jendro via rbb24

Die Diskussion um die Sicherheit in Freibädern führen wir seit mehr als einem Jahrzehnt, ohne heute wirklich weiter zu sein. Dass es bei über 30 Grad und vielen Menschen auf engem Raum zu Auseinandersetzungen kommt, kann niemanden überraschen. Zumal wir oftmals auch über junge testosterongeladene Männer reden, bei denen die Zündschnur ohnehin recht kurz ist. Es ist immer leicht, Polizeipräsenz zu fordern. Das ist bei Straftaten auch vollkommen in Ordnung. Aber Polizisten sind keine Bademeister und wir können bei all den Aufgaben und mit Blick auf die Temperaturen nicht noch Einsatzhundertschaften an die Schwimmbecken stellen. Hier sind erst einmal die Betreiber und die Bezirke in der Pflicht. Präventiv sollten diese darüber nachdenken, die Personenzahl in den Bädern über Einlasskontingente mit Zeitfenstern auch über Onlinebuchung zu reduzieren, professionelle Sicherheitsdienste anzustellen, Taschenkontrollen durchzuführen und Alkoholverbote auszusprechen.



Veranstaltungen

Bezirksgruppen

Dir 5

Wann: Dienstag, 5. September, 16 Uhr.

Wo: Biertempel 2, Boelckestraße 28, 12101 Berlin.

Landesfrauengruppe

Wann: Mittwoch, 30. August, 16 Uhr.

Wo: GdP-Geschäftsstelle, Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin.

Info: Bei Bedarf auch als hybride Veranstaltung.

Seniorengruppen

Dir 2

Wann: Dienstag, 8. August, 15 Uhr.

Wo: El Manuel, Sandstraße 37/Ecke Meydenbauerweg, 13593 Berlin.

Kontakt: Regina Geisler, Tel.: (030) 92124397, oder Jürgen Gesch, Tel.: (03322) 210390.

Info: Änderung: Da das Restaurant El Manuel Betriebsurlaub macht, treffen wir uns diesmal am 2. Dienstag im August.

Dir 3 (Ost)

Wann: Dienstag, 15. August, 14 Uhr.

Wo: Stadtteilzentrum Berlin-Marzahn, Marzahn Promenade 38, 12769 Berlin.

Dir 4

Wann: Mittwoch, 9. August, 16 Uhr.

Wo: Adria Grill, Kaiser-Wilhelm-Straße 55, 12247 Berlin.

Kontakt: Peter Müller, Tel.: (030) 7967520, oder Erika Schink, Tel.: (030) 74771820.

Dir 5

Wann: Dienstag, 1. August, 11 Uhr, bei schönem Wetter.

Wo: Lesecafé, Karl-Foerster-Pavillon im Britzer Garten, Sangerhauser Weg 1, 12349

Berlin (BVG Bus 179), anschließend Spaziergang.

Info: Anmeldung erbeten.

Kontakt: Renate Katzke, Tel.: (0173) 1685766.

LPD/PPr/ZS

Wann: Dienstag, 5. September, 16 Uhr.

Wo: FRABEA, Afrikanische Straße 90/Ota-wistraße, 13351 Berlin.

Kontakt: Alberto Fourneaux, Tel.: (030) 4651559.

PA

Wann: Dienstag, 29. August, 16 Uhr.

Wo: Adria Grill, Kaiser-Wilhelm-Straße 55, 12247 Berlin. (Bahnverbindung: S-Bahn Lankwitz oder Lichterfelde Ost dann mit den Bussen 184 oder 284 oder ein kurzer Fußweg vom Bahnhof Lankwitz.)

LKA

Wann: Dienstag, 1. August, 14 Uhr.

Wo: Weihenstephaner Lichterfelde, Hans-Sachs-Straße 5, 12205 Berlin.

Info: Treffen im ehemaligen Stellwerkgebäude vom S-Bahnhof Lichterfelde-West.

Wann: Dienstag, 15. August, 10 Uhr.

Wo: Babelsberger Straße/Potsdam Hauptbahnhof.

Info: Potsdam – Stadt- u. Schösserrundfahrt (3 Stunden) – Unkostenbeitrag = 25 €; Anmeldung erforderlich!

Kontakt: Bärbel Thieler, Tel.: (030) 6043174, oder Jürgen Heimann, Tel.: (030) 7217547.

SAVE THE DATE! GdP-Generationenmarkt am 9. November

Wann: 9. November 2023 von 10:00 bis 17:00 Uhr.

Wo: Polizeigelände Kruppstraße 2, 10557 Berlin, Alte Kegelhalle.

Was: GdP-Generationenmarkt, Schwerpunktthema: Vorbereitung auf den Ruhestand.

Die Planung ist noch nicht abgeschlossen! Ein Flyer zum Programm wird erstellt!

Wenn Ihr diese Info noch nicht über die Infopost auf Euer Handy bekommen habt, lasst Euch in die Verteilerliste für die Infopost aufnehmen, die in der Geschäftsstelle geführt wird!

Denk an Deine Angaben!

Wir möchten an dieser Stelle darauf hinweisen, dass Anspruch auf unsere Leistungen nur für diejenigen besteht, die ihre Mitgliedsbeiträge korrekt bezahlen. Das Land Berlin übermittelt uns eventuelle Änderungen aber nicht. Insofern bitten wir Euch, wenn Ihr umgezogen seid oder endlich befördert wurdet, sich die Ausbildung verlängert hat oder Ihr in den verdienten Genuss Eurer Pension/Rente kommt, es bei uns kundzutun. Nur so können wir Eure Mitgliedsbeiträge korrekt einstufen und schicken Post nicht ins Nirwana. ■

Redaktionsschluss für die September-Ausgabe, auch für alle Veranstaltungen, ist der 5. August.

Anzeige

MEDIRENTA

CLASSIC

Beihilfe – leicht gemacht!

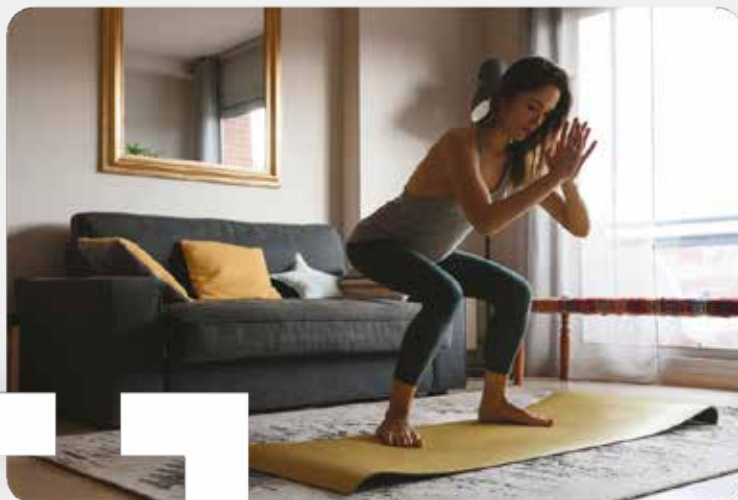
Seit rund 40 Jahren für Sie im Einsatz: MEDIRENTA, Partner der GdP Berlin, übernimmt als Beihilfeberater mit dem **Komplett-Service** für Sie und Ihre Angehörigen alle Vorgänge rund um Kranken- und Pflegekostenabrechnungen. Als GdP-Mitglied profitieren Sie von besonderen Vorteilen.



Informieren Sie sich!

030 / 27 00 00

www.medirenta.de



Trainiere Online und Offline

Zuhause im Live-Stream oder Workouts bei unseren Partnern - du entscheidest.

WAS DICH ERWARTET

Ob Outdoor-Workout im Park, ein Besuch bei deinem Lieblingspartner oder Yoga von zuhause aus – nutze unser Angebot jetzt offline und online!



DU BIST NOCH KEIN MITGLIED?

<https://urbansportsclub.com/gdp>